

Einbringungsrede zum 1. Nachtragshaushalt 2009

Stadtverordnetensitzung am 24.08.2009

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Stadtverordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich lege Ihnen heute den Entwurf eines 1.Nachtragshaushaltes für das Jahr 2009 vor, der aufgrund der wirklich dramatischen Einbrüche bei den städtischen Einnahmen notwendig geworden ist.

Aufgrund der sehr schlechten wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sind die Einnahmeausfälle nicht mehr mit den sonst üblichen finanzpolitischen Mitteln wie Haushaltssperre oder Budgetumschichtungen, Einstellungssperren oder Aktivitätenschub ins nächste Haushaltsjahr auszugleichen.

Noch nie in der Stadtgeschichte gab es einen so radikalen und umfassenden Einbruch der Einnahmen – auch nicht in den Krisenjahren 2001/2002. Das Problematische an der derzeitigen Situation ist, dass wir als Stadtverwaltung, als Magistrat – ja als gesamte Stadtgemeinschaft überhaupt - keine Möglichkeit haben, an dieser Situation etwas zu ändern. Wir sind bei den wegbrechenden Einnahmen vollständig von den Entscheidungen von Unternehmen (teilweise vor Ort, teilweise weit weg von Mörfelden-Walldorf) und Bundes- sowie Landesinstitutionen abhängig (z.B. erhebliche Mindereinnahmen bei der Einkommenssteuer durch Änderung der km-Pauschale oder Kurzarbeit, bilanztechnische Änderungen in der Darstellung der kommunalen Haushalte, etc).

Wir haben nur die Möglichkeit, diese Einnahmeeinbrüche zu bilanzieren und können nur die städtisch begründeten Einnahmen erhöhen (Grundsteuer, Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer etc.) oder die Benutzungsgebühren der städtischen Dienstleistungen verteuern. Damit stehen wir aber

1. im Widerspruch zu unseren hier (oftmals einstimmig) gefassten Beschlüssen z.B. Kindertagesstätten
2. sind entsprechende politische Diskussionen und Entscheidungen notwendig, die eines längeren Entscheidungsprozesses bedürfen

Wir könnten die Ausgaben so radikal wie möglich zurückfahren – das würde aber bei den Zahlen, die ich Ihnen nennen werde aber auch nicht zu einer wirklichen Entspannung der Situation beitragen. Im laufenden Haushaltsjahr ist aufgrund bestehender Verträge und abgeschlossener Dienstleistungsvereinbarungen eine Ausgabenkürzung über die bereits bestehende Haushaltssperre hinaus nicht möglich.

Die 6.093.764 €, die zusätzlich im HH 2009 fehlen setzen sich aus wenigen Positionen zusammen:

2.820.460 €	Wenigereinnahmen bei der Gewerbesteuer
2.552.007 €	Wenigereinnahmen beim Finanzausgleich (Einkommensteuer, Umsatzsteuer)
591.800 €	Umschichtung vom Finanzhaushalt (Sanierung statt Investition)
420.787 €	Tarifierhöhungen für Beamte und Pensionsrückstellungen und „nur“ knapp über
100.000 €	Mehrausgaben im laufenden Ergebnishaushalt aufgrund von Beschlüssen oder Anpassungen

Diese Zahlen machen deutlich, dass der Nachtrag nicht aufgrund veränderter politischer Vorgaben seit Aufstellung des Haushaltes 2009 oder durch ein unsachgemäßes Wirtschaften beim Vollzug des Haushaltes notwendig wird, sondern allein und ausschließlich durch die Einnahmeausfälle im Bereich der Gewerbe- und Einkommenssteuer.

(Sie können diese Entwicklung auf den Seiten 10 bis 13 des Ihnen vorliegenden Entwurfs im Vorbericht detailliert nachlesen.)

Ich hatte diese grundsätzliche Entwicklung bereits bei der Einbringung des Haushaltes 2009 in meiner Rede am 20.09.2008 angesprochen und möchte hier einige wenige Sätze daraus

zitieren, da mir zwischenzeitlich ja bereits vorgeworfen wurde, ich hätte dies alles ignoriert, was im Rahmen der Weltwirtschaftskrise auf uns zukommt:

Der gesellschafts- und finanzpolitische Rahmen, in dem ich Ihnen diesen Haushalt für das Jahr 2009 vorlege, wird derzeit mit den Schlagworten „Krise“, „Katastrophe“ und schlimmsten finanzpolitischen Debakel seit 80 Jahren bezeichnet.

Da die Kommunen und die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel bildlich gesprochen „am Ende der finanzpolitischen Nahrungskette“ sitzen, werden wir die Ergebnisse dieser Situation im Wesentlichen im Laufe des Jahres 2009 und mit Sicherheit im Jahr 2010 zu spüren bekommen.

Wir können derzeit also auch nicht ganz genau einschätzen, mit welchen Einbrüchen zu rechnen ist, und sind auf Aussagen und Daten von Institutionen angewiesen, die es aufgrund ihrer Funktion und ihrem Auftrag genauer wissen müssten – haben zum derzeitigen Datum aber keine Hinweise, wie wir planen sollen und müssen. Insofern könnte ein frühzeitiger Nachtrag in 2009 notwendig sein, da die finanzpolitischen Realitäten und die konkrete Situation vor Ort dann in Einklang gebracht werden müssen.

Nachdem am Ende des 1. Quartals des Jahres 2009 die Einbrüche bei den Einnahmen deutlich wurden habe ich an die Fraktionsvorsitzenden dieses Parlamentes einen Brief geschrieben, in dem ich die Situation klar dargestellt und um Hinweise zum Konsolidierungsprogramm gebeten habe.

Von vier Fraktionen erhielt ich Antworten, die CDU hat nicht geantwortet. Die Hinweise sind – wie wäre es auch anders zu erwarten – entlang der grundsätzlichen politischen Positionen der Parteien und dem Status der derzeitigen Handlungsoptionen in dieser Stadt (und darüber hinaus) ausgefallen. Wenn ich die politische Lyrik beiseite lasse und die Positionen, die für eventuelle Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut sind, dann kommen wir letztlich zu der Frage zwischen dem Erhalt städtischer Dienstleistungen in einem umfassenderen Sinn und Inanspruchnahmefähigkeiten für größte Teile der Bevölkerung oder Rückführung auf das Allernötigste und die Reduzierung der Ausgaben, die einem Gemeinwesen erst Charakter verleiht – über das Ausstellen von maschinenlesbaren Personalausweisen hinaus. Inzwischen bin ich fast der Meinung, dass wir hier gar keine breite Lösung finden werden, aber das ist nicht weiter schlimm, denn wir werden auch bei der Bewältigung dieser finanzpolitischen Krise die politischen Argumente nicht außer Acht lassen können und die beruhen nun einmal auf unterschiedlichen Einstellungen zum Aufgabenspektrum der Institutionen, dafür werden wir ja gewählt und auch die Krise kann und darf nicht alles gleich machen. Aber ich sage ganz deutlich: Wenn das Ergebnis dieser Zockerei, die zu Milliardenverlusten auch bei vielen Kleinanlegern geführt hat, nun auch noch dazu führt, dass wir die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen und sozialen Dienstleistungen der Kommunen, die ja oft auch für die Reparatur des Systems sorgen, zusammenstreichen müssen, dann bricht mehr weg als der Mörtel an der Fußgängerbrücke über die Bahnstrecke, dann ist das Fundament dieser gesellschaftlichen Übereinkunft - ein „Sozialstaat“ zu sein - gefährdet. Dann würde der blinde Individualismus mit der Krise einen weiteren Sieg einfahren, denn denen, die sich nur im Hubschrauber zwischen ihren bewachten Wohnsitzen bewegen, kann es ja egal sein, wie löchrig die Straßen sind und ihre Swimming Pools funktionieren auch dann noch, wenn das letzte öffentliche Bad geschlossen hat.

Alles Angst- und Panikmache? Ich will nicht Lateinamerika bemühen, auch nicht Russland oder Moldawien. Schaut nach Berlusconi's Italien und Sie können die Segregation der Wohlhabenden und der Landesteile studieren, dann sind wir am Ende auch froh, wenn wir einen Zuschuss für einen Krankenwagen von außen bekommen....

Wenn der Bankenrettungsplan und die weiteren Geldverbrennungsanstalten – Wirtschaftssprech: Bad Bank – möglich sind und Landesbankvorstände – für welche Arbeit auch immer – Millionenabfindungen kassieren können, dann kann das mit dem fehlenden

Geld so weit nicht her sein. Ich weigere mich inzwischen schlicht darüber zu diskutieren, ob wir uns eine halbe Stelle Streetworker leisten können sollen, dürfen oder müssen, wenn Bundespolitiker über Mittel für Mondsonden schwadronieren, damit wir endlich auch „deutschen“ Mondstaub untersuchen können.

Und ich sage hier ganz offen – und das auch schon mit dem Blick auf dieselbe Diskussion für den Haushalt 2010: Solange die Diskussion um Steuersenkungen nach der Wahl weiterhin als „Kundenbindungsinstrument“ – vulgo: „Bauernfängerei“ benutzt wird, werde ich für die Lösung unseres Finanzproblems durch die Erhöhung der Kassenkredite und damit durch „Schulden“ eintreten.

Für das, was von uns als Kommune in der Sicherstellung der unterschiedlichen Lebensbereiche verlangt wird, gibt es keine andere Lösung, wenn nicht grundsätzliche strukturelle Änderungen der Kommunalfinanzen durchgeführt werden. Dies gilt für bundes- und landespolitische Zusammenhänge. Der hessische Finanzminister, der ja auch nicht weiß, wo er das Geld herholen soll, macht uns jetzt schon klar, dass er nächstes Jahr die Kommunen noch mal kräftig zur Ader lassen wird, weil wir angeblich im Schnitt zu anderen Kommunen in anderen Ländern viel zu gut bei der Finanzierung des Länderfinanzausgleichs weg kämen. Ich lege dem Magistrat zu seiner nächsten Sitzung das gesetzlich vorgeschriebene Konsolidierungskonzept vor, damit dieser Nachtrag und der Haushalt 2010 von der Kommunalaufsicht genehmigt werden kann. Ich sage Ihnen ganz offen, dieses Konzept enthält keine wirkliche Lösung des Problems. Es kann dies nicht, denn ich kann die Lösung: Erhöhung der Steuern (beim Gewerbesteuerhebesatz mit Blick auf die kommunale Konkurrenz) oder gerechtere Verteilung der Mittel im kommunalen Finanzausgleich nicht durchsetzen. Wir können mit dem Konsolidierungskonzept aber zeigen, wo und wie viel wir in den letzten Jahren eingespart haben und dann wird deutlich, dass Entwicklungen nicht einfach laufen gelassen werden und „Erbhöfe“ erhalten bleiben.

Wir haben eine ganze Menge Ungleichzeitigkeiten und Ungerechtigkeiten in dieser Art der Kommunalfinanzierung, die meiner Meinung nach dringend abgeschafft und auf eine neue, planbarere und sicherere Grundlage gestellt werden müsste. Wenn eine Stadt wie Frankfurt in der Lage ist, selbst in diesen Zeiten noch über 20 Millionen Euro in die Renovierung des Palmenhaus-Veranstaltungssaal zu stecken, in dem ein Bruchteil der Rhein-Main Bevölkerung jemals auch nur seinen Fuß setzen wird, dann kann die Diskussion, ob wir uns neue Musikinstrumente für die Musikschule leisten können nur lächerlich sein. Trotzdem neide ich den Frankfurtern die Verschönerung Ihrer Wohnzimmer nicht.

Denn:

Wir tun also jetzt, wozu wir als Kommune aufgefordert wurden als Teil des Staates: Wir verhalten uns antizyklisch, verschulden uns – auch im Rahmen des bundes- und landespolitischen Konjunkturprogramms – und auch dies habe ich im vorgelegten Nachtragshaushalt begründet. Obwohl es aufgrund der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen nicht nötig gewesen wäre, wegen des Programms einen Nachtrag vorzulegen, haben wir die daraus resultierenden Investitionen von fast 5 Millionen Euro ebenfalls im Nachtrag dargestellt. Ich möchte dabei aber nicht unerwähnt lassen, dass diese Investitionen nicht nur auf der Basis der Zuwendungen von Bund und Land möglich sind, sondern mit einem Eigenanteil von weit über 2 Millionen Euro (alle zusätzlichen Investitionen für U3 Plätze mitgerechnet) von uns geschultert werden.

Und wenn wir dies schon tun (ja eigentlich dazu verpflichtet werden, denn die Finanzierung des Landesprogramms wird uns über den Finanzausgleich wieder einholen), dann müssen wir auch selbst in der Lage sein Dienstleistungen anzubieten und unsere Investitionsschwerpunkte zu setzen, die nicht nur aus infrastrukturellen Maßnahmen bestehen. Die Häuser sind das eine, die Dinge die darin stattfinden, der unablösbare Teil der sozialen Infrastruktur. Schnell wird der öffentliche Haushalt mit dem privaten verglichen. Doch der Vergleich private Haushalte und öffentliche Haushalte hinkt. Wenn ich ein leeres Portemonnaie habe, dann kann ich auf den Kinoabend verzichten. Kindertagesstädten können aber nicht einfach aus finanziellen Gründen geschlossen werden.

Wir werden uns – sowohl zwischen Opposition und Koalition – aber auch in der Koalition selbst – immer wieder über den Einsatz und die Verteilung der beschränkten Mittel unterhalten oder auch streiten. Wir werden aber entlang unserer politischen Grundüberzeugungen

dann auch abstimmen und entscheiden, was der richtige Weg für unsere Stadt ist. Ich sehe derzeit keinen anderen, als die Schulden, die wir in den letzten Jahren erheblich abbauen konnten, wieder zu erhöhen, da ich die städtischen Dienstleistungen insgesamt erhalten möchte. Solange keine strukturellen Änderungen vorgenommen werden auf Ebenen, die wir nur mittelbar beeinflussen können, bleibt uns meines Erachtens nichts anderes übrig. Den Streit um 35.000 Euro für dieses Projekt oder 15.000 Euro für jenes Projekt halte ich für politisch angemessen. Ich halte ihn für unsinnig im Hinblick auf die in Rede stehenden Fehlbeträge, wenn unter den gegebenen Bedingungen auch das Schließen von Waldschwimmbad, Badsee, Musikschule und den Jugendzentren (wohlgemerkt: zusammen) nicht in die Nähe eines ausgeglichenen Haushalts führen würde.

Dank an Jürgen Glotzbach, Ingetraud Germann und Tatjana Bauer aus dem Amt für Finanzen für die gute Arbeit.

Hiermit habe ich den 1. Nachtragshaushalt 2009 eingebracht, ich bitte darum ihn intensiv zu diskutieren und in der STVV am 22.09.2009 zu verabschieden.

Franz Urhahn, 24.09.09
Kämmerer
Erster Stadtrat